



<b>Beschlussvorlage</b>	
- öffentlich -	
<b>VL-108/2023</b>	
Abteilung	Hauptamt
Verfasser	Kerstin Ganss
Datum	27.07.2023

**Betreff:**

**Bundesprogramm „Demokratie Leben“  
Gründung einer Partnerschaft für Demokratie gemäß dem Förderprogramm  
„Demokratie leben“**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsaktion</b>
Gemeindevorstand	16.08.2023	vorberatend
Gemeindevertretung der Gemeinde Glauburg	18.09.2023	vorberatend
Ausschuss für Sport, Kultur, Soziales und Tourismus	19.10.2023	beschließend

**Sachdarstellung / Erläuterungen:**

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ist eine Aufforderung an die Bürger\*innen ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen Ebene zu fördern. Die lokale Partnerschaft für Demokratie wird von einem Ämternetzwerk getragen.

Ziel der Partnerschaft ist es, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für gesellschaftliche Vielfalt und interkulturelle Toleranz zu fördern.

Wir wollen Jugendliche und Erwachsene in unserer Region für demokratische Werte begeistern, zu respektvollen Umgang miteinander ermutigen und sie gegen die Einflüsse extremistischer Organisationen und menschenverachtender Ideologien wappnen.

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürger\*innen in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „[Demokratie leben](#)“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren. Das Programm setzt auf verschiedenen Ebenen an: Ziel ist es, Projekte sowohl mit kommunalen als auch mit regionalem und überregionalem Schwerpunkt zu fördern.

Jede Partnerschaft erhält derzeit noch Bundesmittel von ca. 160.000 € plus eine Kofinanzierung durch das Land Hessen von 12.000 €. Das Ämternetzwerk müsste 1 % von der Gesamtsumme einbringen. Dafür erhält die Partnerschaft dann eine Summe als Aktionsfonds, Jugendfonds (in der Regel 12.000,- €) plus Öffentlichkeitsfonds.

Die Partnerschaften benötigen ein sogenanntes federführendes Amt mit einer halben Stelle Entgeltgruppe E 9 und eine halbe Stelle als Fach- und Koordinierungsstelle Entgelt E 10.

Wenn die Fach- und Koordinierungsstelle von einem Verein gestellt werden könnte, so würden die Personal- und Sachkosten von den Fördermitteln abgezogen und die entsprechenden Fonds werden kleiner.

Weitere Erläuterungen:

- Federführendes Amt

Jede Partnerschaft für Demokratie hat ein in der kommunalen Verwaltung angesiedeltes federführendes Amt. Dieses kümmert sich um die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel und ist die zentrale Anlaufstelle für die Koordinierungs- und Fachstelle. Es verantwortet zudem die rechtlichen und inhaltlichen Aspekte der Umsetzung der Partnerschaft.

- Koordinierungs- und Fachstelle

Die Koordinierungs- und Fachstelle steuert die vor Ort in den Kommunen durchgeführten Maßnahmen. Die Koordinierungsstelle bündelt das vorhandene Know-how und vernetzt alle Handelnden. Sie ist die zentrale Anlaufstelle für Interessierte aus Ranstadt, Ortenberg und Glauburg und kümmert sich um die Sichtbarkeit aller Aktivitäten.

Ihre Aufgaben sind:

- die Gesamtkoordination der Partnerschaft für Demokratie
- die inhaltlich-fachliche Beratung von Projekten bzw. Projektträgern
- die Begleitung von Projekten und Einzelmaßnahmen
- die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses und des Jugendforums
- Öffentlichkeitsarbeit
- Bildung eines Begleitausschusses

Der Begleitausschuss ist das zentrale Gremium bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie und entscheidet auf der Basis der im lokalen Aktionsplan formulierten Zielen, welche Projektideen verwirklicht werden. Ihm gehören mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Zivilgesellschaft neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung an.

Der Begleitausschuss trifft sich regelmäßig (etwa alle zwei Monate), diskutiert die eingegangenen Projektideen und entscheidet, ob diese Institutionen im Feld der Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus vertreten. Details zu seiner Arbeit finden sich in einer Geschäftsordnung.

- Jugendforum

Zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an der „Partnerschaft für Demokratie“ wird ein Jugendforum eingerichtet. Dafür können vorhandene Strukturen, wie z.B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte und/oder Jugendringe, genutzt bzw. konzeptionell ent-/ weiterentwickelt werden.

Ein Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Dabei müssen – soweit vorhanden – unterschiedliche lokale Jugendszenen, die den zivilgesellschaftlichen Normen (Demokratie, Gewaltfreiheit, Respekt usw.) verpflichtet sind, repräsentativ vertreten sein.

Ein Jugendforum ist im „[Begleitausschuss](#)“ angemessen personell vertreten und liefert eigene Beiträge zur Ausgestaltung der "Partnerschaft für Demokratie". Die Mitglieder sollten nicht älter als 25 Jahre sein.

- Die Projekte

Das Herzstück des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sind seine Projekte. Jeder Verein oder Institution kann ein Projekt machen - unabhängig davon, ob es sich um einen Workshop, einen Vortragsabend, ein Theaterstück oder eine Sportveranstaltung handelt. Entscheidend ist, dass das Projekt sich dafür stark macht, dass Menschen wieder mehr miteinander tun, sich austauschen und dadurch näher zusammenrücken.

Die Projekte jeder Partnerschaft für Demokratie sind sehr unterschiedlich, jede entwickelt – abhängig von den jeweiligen Herausforderungen - ein eigenes Profil und individuelle Schwerpunkte.

- Schritt für Schritt zum eigenen Projekt

Am Anfang steht immer die Idee des Einzelnen bzw. eines Vereins, Bündnisses oder einer Initiative. Den Antrag wird bei der Koordinations- und Fachstelle gestellt. Sie hilft bei der Erstellung des Antrages.

Ist der Antrag vollständig, so wird er in unserem sogenannten Begleitausschuss beraten. Wurde das Projekt befürwortet, erfolgt ein schriftlicher Bescheid. Jetzt kann das Projekt starten. Wenn das Projekt durchgeführt wurde, findet mit der Koordinierungsstelle eine abschließende Dokumentation und die Abrechnung statt.

Abschließend ist festzustellen, dass eine Teilnahme an dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ eine Ergänzung und Bereicherung des aktuellen Angebotes ist.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung befürwortet, dass die Kommunen Glauburg, Ranstadt und Ortenberg ab 01.01.2025 eine Partnerschaft für Demokratie gemäß dem Förderprogramm „Demokratie leben“ bilden.

Des Weiteren wird empfohlen den Tagesordnungspunkt, in den Sozial, Sport, Kultur und Tourismus Ausschuss, zur endgültigen Beschlussfassung zu verweisen.

Ferner soll anschließend eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse aller drei Kommunen, die für den sozialen Bereich zuständig sind, stattfinden, bei der eine Vertreterin des Wetteraukreises das Projekt nochmals detailliert vorgestellt.

### **Haushaltsrechtliche Darstellung:**

Im Stellenplan ist eine Stelle der EG 10 (ca. 65.000,- €) zu schaffen. Die Personalkosten werden durch die beteiligten Kommunen geteilt.

Hier steht noch aus, welche Kommune federführend der Dienstherr sein wird.

DER GEMEINDEVORSTAND  
DER GEMEINDE GLAUBRUG

gez.  
Henrike Strauch  
Bürgermeisterin